Entscheidung

In dem Parteiordnungsverfahren

7/2002/P

auf Antrag

des **SPD-Landesverbandes B.**, vertreten durch den Vorstand, dieser vertreten durch den stellvertretenden Landesgeschäftsführer Sp.,

- Antragsteller und Berufungsführer -

gegen

K.,

- Antragsgegner und Berufungsführer -

hat die Bundesschiedskommission unter Mitwirkung von

Hannelore Kohl, Vorsitzende,
Prof. Dr. Hans Peter Bull, Stellvertretender Vorsitzender, und
Ingrid Teichmüller, Stellvertretende Vorsitzende

am 29. November 2002 beschlossen:

Die Berufung des Antragsgegners wird als unzulässig verworfen.
Auf die Berufung des Antragstellers wird die Entscheidung der
Landesschiedskommission Berlin vom 5. September 2002 aufgehoben.
K.wird aus der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ausgeschlossen.

Gründe:

I.

Der Antragsgegner ist seit Dezember 1999 Mitglied der SPD. Er hat in dieser Eigenschaft versucht, seine Ideen zur Erklärung und Lösung gesellschaftlicher Probleme mit Hilfe prominenter Parteigenossen zu propagieren sowie materielle und immaterielle Unterstützung für seine Projekte zu erlangen. Dabei wählte er nicht den Weg, entsprechende Beschlüsse von Parteigliederungen herbeizuführen, sondern trat jeweils individuell schriftlich an Amts- und Mandatsträger der Partei heran. Nur einmal hielt er in einer Abteilungsversammlung einen Vortrag, fand aber keinen Beifall. Aus Enttäuschung über das Ausbleiben eines Echos äußerte er sich in verschiedener Weise

öffentlich scharf kritisch und beleidigend über führende Vertreter der Partei.

So verteilte er während eines Landesparteitages der B. SPD am 16. Juni 2002 ein Flugblatt mit der Aufforderung, die Wiederwahl der Vorstandsmitglieder St., B. und F.-H. zu verhindern, und sprach in diesem Text – den er in der Kopfzeile mit seinem Namen und dem Zusatz „Landesdelegierter der B. SPD-AG 60 plus“ versehen hatte – von „den Systemen K. und D.-B.“ und dem „unsozialen Unrechtsregime W.-St.-B.-F.-H.“. Der Regierende Bürgermeister W. wurde charakterisiert als „offensichtlich vorausseilend gehorsamer und dabei ziemlich inkompetenter und skrupelloser Erfüllungsgehilfe der St.-Mafia“. „Eine hoch korrupte Berlin-Connection (zuerst 10 Jahre lang schwarz-rot, jetzt leider auch rot-rot)“ stehe „an der Spitze mafiöser Regionalstrukturen“.

Der Landesvorstand der Arbeitsgemeinschaft 60 plus distanzierte sich in einem Schreiben an den Landesvorstand der Partei von den „beleidigenden und verleumderischen Vorwürfen“ des Antragsgegners. Der Landesvorstand beschloss am 27. Juni 2002 die Sofortmaßnahme des Ruhens aller Rechte aus der Mitgliedschaft und beantragte das Parteiordnungsverfahren mit dem Ziel des Parteiausschlusses.

Der Antragsgegner brachte zu seiner Verteidigung vor, er nehme das Notwehrrecht in Anspruch und habe auch in Nothilfe für diejenigen Parteimitglieder gehandelt, „denen es nicht gegeben ist, sich gegenüber der St.-Truppe selbst zu verteidigen“. In seinem „Einspruch“ vom 8. Juli 2002 gegen den Beschluss des Landesvorstandes benutzt der Antragsgegner zur Bezeichnung führender Berliner Parteimitglieder Formulierungen wie „beispiellos skrupellose und korrupte Berlin-Connection“, „Korruptionssumpf“, „nur noch geld- und machtgeile Kompetenzplazebos vom Schlage St. und B.“, „Mischpoke“ und „Dunkelmänner“. „Diese Leute“ hätten ihn „durch jahrelanges Totschweigen wichtigster, wissenschaftlicher Erkenntnisse ... skrupellos in einen schweren Herzinfarkt“ getrieben und nähmen „reihenweise Herzinfarkte der so totgeschwiegenen Reformkräfte billigend in Kauf“.

Die Landesschiedskommission Berlin beschloss nach der mündlichen Verhandlung vom 26. August 2002 das Ruhen der Rechte des Antragsgegners aus seiner Mitgliedschaft in der SPD für die Dauer von drei Jahren. Zur Begründung stellte sie fest, dass der Antragsgegner sich in beleidigender und verunglimpfender Weise gegen Funktions- und Mandatsträger der Partei geäußert und dass er diese Form absichtlich als Provokation gewählt habe. Diese Form der Auseinandersetzung sei innerhalb der SPD nicht hinnehmbar. Sie überschreite in jeder Hinsicht die Grenzen des Zumutbaren und sei mit den Grundwerten der Partei und den Gepflogenheiten der innerparteilichen Auseinandersetzung nicht zu vereinbaren. Gleichwohl sah die Landesschiedskommission von dem beantragten Ausschluss aus der Partei ab, weil sie aufgrund der mündlichen Verhandlung zu der Auffassung gelangt sei, dass dem Antragsgegner über seinem großen Engagement teilweise der Realitätsbezug entglitten sei und sich die Wertmaßstäbe für demokratische Willenbildungsprozesse und für einen toleranten, die Rechte anderer respektierenden Umgang bei ihm verschoben hätten.

Gegen diese Entscheidung, die am 5. September 2002 ausgefertigt und dem Antragsgegner am 9. September 2002 zugestellt wurde, haben sowohl der Antragsgegner persönlich (am 13. September) als auch der Antragsteller (am 16.

September) Berufung eingelegt und diese jeweils begründet. Der Tag der Zustellung an den Antragsteller geht aus den Akten nicht hervor.

Der Antragsgegner beruft sich in seiner Berufungsbegründung erneut auf Notwehr bzw. Nothilfe „gegen organisiertes Verbrechen von oben“. „Kriminell“ sei es u.a., dass der Landesvorsitzende St. entschieden habe, „die alternativen (sozialbionischen) Bildungs- und Beschäftigungs-Inhalte (Contents) der Düsseldorfer Schule sowie deren Anwendungsstrategien“ sollten von der SPD weder materiell noch ideell gefördert werden. Die überparteiliche Bürgerinitiative, der er, K., seit 1982 vorstehe, wolle „einen Aufstand gegen das Kartell des Totschweigens ... oder, anders gesagt, gegen die Macht der Dummheit, die sich primär aus Maßlosigkeit definiert“. Er macht dazu weitere Ausführungen und verweist auf einen eigenen Artikel in der Zeitschrift „Criticon“. Er spricht von „St. und Konsorten“ und benutzt ähnlich abfällige Charakterisierungen für mehrere andere, namentlich genannte Genossen.

Der Antragsgegner verweist auf einen Offenen Brief vom 26. August 2002 an den Parteivorsitzenden und Bundeskanzler Gerhard Schröder, in dem er seine Parteimitgliedschaft „unter der aufschiebenden Bedingung vorsorglich für den Fall gekündigt“ habe, „dass Ihr“ – gemeint ist hier die Bundesschiedskommission – „mich nicht uneingeschränkt gegen die Machenschaften der St.-Truppe rehabilitieren solltet“. In diesem Offenen Brief heißt es, er trete aufschiebend bedingt aus der Partei aus, „falls Schröder kein Machtwort gegen die Macht der Dummheit spricht“. In einer „Pressemeldung“ über den „Criticon“-Artikel, die offenbar von der Redaktion versandt worden ist, wird der Antragsgegner mit der Erklärung zitiert, er habe „ganz bewusst“ ein Parteiordnungsverfahren gegen sich „proviziert“. Jetzt aber sei er, so wird von dem Verfasser der Pressemitteilung hinzugefügt, „seinem Rausschmiss aus der SPD zuvorgekommen“ und sei aus der Partei ausgetreten.

In einem 2. Teil des Offenen Briefes, unter dem Datum des 11. September 2002, spricht der Antragsgegner in Fortsetzung seiner früheren Attacken gegen den Senat u.a. von dem „eindeutig verfassungswidrigen und unfähigen, rot-roten Berliner Unrechtsregime“ und bittet den Parteivorsitzenden um Verständnis dafür, dass er wegen „des jahrelangen Boykotts durch meine eigene Partei“ eine Kopie „dieses seltsamen Parteiordnungsverfahrens“ „vorsorglich auch Deinen beiden Herausforderern zusende“. Der Brief schließt mit dem Satz: „Sollte ich bis Ende Oktober in dieser Angelegenheit von Dir (oder aus deinem engeren Umfeld) nichts hören, betrachte mich bitte aus der SPD als ausgetreten“.

Einen ausdrücklichen Antrag stellt der Antragsgegner nicht.

Der Antragsteller beantragt,

den Antragsgegner aus der Partei auszuschließen.

Er macht geltend, der Antragsgegner habe seine Position, dass die von ihm beleidigten Repräsentanten der Partei seine Vorschläge aus niedrigen Beweggründen nicht anhören und weiterverfolgen wollten, aufrecht erhalten und eine Entschuldigung für seine Wortwahl abgelehnt. Die Landesschiedskommission habe ihm zu Unrecht seinen

„Realitätsverlust“ zugute gehalten. Es gehe nicht an, dass die Partei – wie hier geschehen – aus den eigenen Reihen öffentlich verunglimpft werde.

II.

1. Die Bundesschiedskommission entscheidet entsprechend einem von ihr zu § 27 Abs. 2 S. 2 der Schiedsordnung gefassten Grundsatzbeschluss im schriftlichen Verfahren, da der Sachverhalt unstrittig ist und nur noch darüber gestritten wird, wie das Geschehen nach dem Parteiordnungsrecht zu bewerten ist.

2. Die Berufung des Antragsgegners ist unzulässig, die des Antragstellers ist zulässig und begründet.

a) Der Antragsgegner hat zwar persönlich - wonach die Bundesschiedskommission davon ausgeht, daß die vor der Landesschiedskommission als Beistand tätige Genossin im Berufungsverfahren nicht mehr vertritt - rechtzeitig Berufung eingelegt und begründet. Er hat aber trotz zutreffender Belehrung durch die Landesschiedskommission und einer Mahnung vom 17. September sein Mitgliedsbuch nicht vorgelegt. Die Berufung ist daher nach § 25 Abs. 4 i.V.m. Abs. 2 S. 2 der Schiedsordnung unzulässig.

b) Der Antragsteller hat rechtzeitig Berufung eingelegt und begründet. Der Zeitpunkt, zu dem ihm die Entscheidung der Landesschiedskommission zugestellt wurde, ist zwar in den Akten nicht festgehalten worden. Da aber als frühester Zeitpunkt der Tag der Ausfertigung (5. September 2002) in Betracht kommt, war die am 16. September eingegangene (mit Begründung versehene) Berufungsschrift auf jeden Fall fristgerecht.

Das Verfahren müsste freilich eingestellt werden, wenn es zuträfe, dass der Antragsgegner inzwischen aus der Partei ausgetreten wäre. Dies ist jedoch nicht der Fall. Es ist schon fragwürdig, ob der Austritt aus der Partei überhaupt aufschiebend bedingt erklärt werden kann. Zu fordern ist ein klares Entweder/Oder. Jedenfalls hat aber der Antragsgegner seine Absicht, aus der Partei auszutreten, in ganz verschwommenen, kaum miteinander vereinbaren Fassungen behauptet, so dass der Eintritt der Bedingung ungewiss bleibt. Er hat sich auch nicht gegenüber einer Organisationsgliederung der Partei, sondern in einem „Offenen Brief“ erklärt. Die Erklärung gegenüber der Bundesschiedskommission (Verweisung auf den Offenen Brief) kann nur als eine Ankündigung verstanden werden, die auf den Entscheidungsprozess der Kommission einwirken sollte. Die Pressemeldung eines Dritten ist ganz und gar irrelevant. Nach den verschiedenen Erklärungen des Antragsgegners besteht auch ein Interesse des Antragstellers an einer eindeutigen Entscheidung der Bundesschiedskommission über den Fortbestand der Mitgliedschaft des Antragsgegners.

In der Sache ist den Ausführungen des Antragstellers zu folgen. Selbst wenn man der Landeschiedskommission zustimmen wollte, dass dem Antragsgegner noch einmal eine Chance hätte gegeben werden sollen, sich und seine Anliegen auf angemessene Weise in die Partei einzubringen, hat er diese Chance in der Zwischenzeit vertan. Er hat nicht

versucht, für seine Ideen auf die übliche Weise innerhalb der Partei zu werben. Den Weg über Mehrheitsentscheidungen hält er, wie die Landesschiedskommission aufgrund der mündlichen Verhandlung festgestellt hat, für „Formalismus“ und verkennt damit die Grundbedingungen demokratischer Politik. Wie immer man diese Einstellung des Antragsgegners bewerten mag, er hat jedenfalls erheblich gegen die Grundsätze und die Ordnung der Partei verstoßen und dadurch schweren Schaden für die Partei verursacht (§ 35 Abs. 3 des Organisationsstatuts).

Es kann dabei keine Rolle spielen, *wofür* er sich politisch-inhaltlich eingesetzt und was er kritisiert hat. Denn selbst ein noch so gutes Anliegen und eine noch so berechtigte Kritik würden nicht die grob beleidigende und parteischädigende Form der Äußerungen rechtfertigen, die der Antragsgegner immer wieder und noch im laufenden Berufungsverfahren gegen die gewählten Führungspersonen der Berliner SPD getan hat. Eine Partei, die andere von der Qualität ihrer Politik überzeugen will, kann es nicht dulden, dass Mitglieder gegen andere Mitglieder derart unqualifiziert agitieren. Die „Austritts“-Erklärungen des Antragsgegners beweisen im übrigen, dass er sich selbst bereits außerhalb der SPD gestellt hat. Diese grundlegende Abkehr von der Partei zeigt sich auch darin, dass er versucht hat, Konkurrenzparteien vermeintliche Munition gegen die eigene Partei zu liefern.

Nach allem hält die Bundesschiedskommission nur den Ausschluss des Antragsgegners aus der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands für die angemessene Sanktion (§ 35 Abs. 3 i.V. m. Abs. 2 Nr. 4 des Organisationsstatuts).

.....
Hannelore Kohl